



#dieschmidt

der newsletter

06.03.2020

**Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,**

die Türkei hat mit ihrem militärischen Eingreifen zu einer weiteren Zuspitzung des Bürgerkriegs in Syrien in der vergangenen Woche beigetragen - mit dramatischen Konsequenzen für Schutzsuchende und deren Situation in Flüchtlingscamps auch innerhalb Europas. Dass der türkische Präsident Erdoğan syrische Geflüchtete für seine machtpolitischen Ränkespiele missbraucht, ist unerträglich. Die Lage an der türkisch-griechischen Grenze ist katastrophal. Das zeigt: Wir brauchen dringend einen echten Neustart in der europäischen Flucht- und Migrationspolitik. Das fordern wir als SPD seit Jahren. Denn wir sind überzeugt: Ohne eine europäische Lösung wird es keine dauerhafte Lösung geben. Und daran arbeiten wir mit Hochdruck. Auf EU-Ebene laufen derzeit die Verhandlungen. Mit Frankreich, Portugal, Finnland und anderen hat sich bereits eine nennenswerte Gruppe von Staaten zu einer gemeinsamen Aufnahme von Geflüchteten in den griechischen Hot Spots bereit erklärt. Wir hoffen, dass sich noch weitere europäische Staaten dieser Koalition der Humanität anschließen werden. Die Aufnahme von 5.000 Geflüchteten, wie sie die Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN am Mittwoch im Bundestag gefordert hat, wäre ein deutscher Alleingang gewesen, während wir gleichzeitig europäisch verhandeln. Deswegen habe ich am Mittwoch gegen den Antrag gestimmt ([hier meine persönliche Erklärung](#)). Genau so klar ist aber: Wir haben keine Zeit mehr nicht zu handeln. Daher ist vor allem die Union gefordert sich zu einer Lösung zu bekennen. Wir müssen uns aber um diejenigen kümmern, die in Flüchtlingscamps auf griechischen Inseln auf ihr Asylverfahren warten – vor allem um besonders schutzbedürftige Kinder, Jugendliche und Schwangere. Darauf hat auch Niedersachsens Innenminister Boris Pistorius in seiner Rede ([hier als Video](#)) am Mittwoch hingewiesen. Niedersachsen und einige andere Bundesländer und Kommunen haben bereits im November 2019 ihre Bereitschaft erklärt – im Rahmen europäischer Absprachen – besonders Schutzbedürftige aufzunehmen. Wir unterstützen diese Initiative von Niedersachsens Innenminister Boris Pistorius ausdrücklich und fordern Horst Seehofer und unseren Koalitionspartner auf, hier nicht weiter auf Zeit zu spielen.

Der Bundestag hat gestern darüber beraten, welche Konsequenzen wir aus dem rassistischen Terroranschlag von Hanau vor zwei Wochen ziehen. Diese Tat hat uns alle erschüttert und wir trauern gemeinsam mit Angehörigen, Freundinnen und Freunden um die Opfer. Die schrecklichen Morde haben uns auf bitterste Weise vor Augen geführt, dass der Kampf gegen Rechtsextremismus und Rassismus deutlich gestärkt werden muss. Die Anschläge in Hanau und Halle und der Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke sind Teile einer besorgniserregenden Entwicklung. Wir müssen uns darüber klar werden, was die wachsende rassistische Gewaltbereitschaft für unser Land bedeutet und was wir dagegen tun müssen. Rechtsextremisten dürfen nicht in den Besitz von Waffen gelangen. Rechte Gefährder müssen systematisch überwacht werden. Gut, dass hier der 9-Punkte-Plan der Bundesregierung ansetzt. Unser Fraktionsvorsitzender Dr. Rolf Mützenich hat in seiner Rede gestern ([hier als Video und Text](#)) hervorgehoben, dass der Täter von Hanau zwar allein gehandelt habe aber von einem System der Hetze, der Erniedrigung und der Anleitung zur Gewalt getragen wurde – und dabei klar in Richtung der AfD gesprochen: „Dort steht der Feind dieser Demokratie, und wir müssen das benennen“. Jetzt ist Zivilcourage gefragt. Wir alle müssen uns täglich im Ehrenamt, im Privatleben und auf der Arbeit für unsere friedliche und weltoffene Gesellschaft einsetzen und uns dem rechten Gedankengut entgegenstellen. Allen, die dies tun, gelten mein Dank und meine Unterstützung.

Letzte Woche hat das Corona-Virus den Lahn-Dill-Kreis erreicht. Kreis und Kommunen arbeiten eng zusammen, um diejenigen, die unter häuslicher Quarantäne stehen zu versorgen – medizinisch und mit Einkaufsdiensten. Den zwei Infizierten im Lahn-Dill-Kreis geht es gut, sie und ihre Kontaktpersonen stehen unter häuslicher Quarantäne und werden versorgt. Ich danke Landrat Wolfgang Schuster und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Gesundheitsämtern, in Krankenhäusern und in ärztlichen Praxen für ihre besonnene und umsichtige Arbeit. Wer befürchtet sich mit dem Corona-Virus angesteckt zu haben, sollte sich telefonisch beim Gesundheitsamt oder dem ärztlichen Bereitschaftsdienst unter 116 117 melden. Dort sitzen Expertinnen und Experten, die gerne weiterhelfen und beraten.

Mit solidarischen Grüßen

Dagmar Schmidt, MdB

Mehr Gleichstellung

Zwischen Frauen und Männern



Am Sonntag (08. März) ist Internationaler Frauentag (hier meine PM). Auch wenn wir in den vergangenen Jahren viele Fortschritte bei der Gleichstellung von Frauen und Männern erreicht haben, sind noch nicht alle Ungleichheiten überwunden. Egal, ob in der Gesellschaft, in der Wissenschaft und Wirtschaft oder in der Politik - überall sind Zeit, Geld und Macht zwischen den Geschlechtern ungleich verteilt. Frauen leisten immer noch deutlich mehr unbezahlte Arbeit im Haushalt und übernehmen zum großen Teil die Betreuung von Kindern sowie die Pflege von Angehörigen. Frauen arbeiten häufiger in Teilzeit und in niedrig entlohnten Berufen. Frauen verdienen in Deutschland immer noch im Schnitt 21 Prozent weniger als Männer. Und die Karriereleiter endet für Frauen immer noch viel zu häufig dann, wenn es um die Besetzung von Spitzenpositionen geht. Um das zu ändern, brauchen wir auch mehr Frauen in Führungspositionen. Deswegen ist es gut, dass wir heute vor fünf Jahren eine verpflichtende Frauenquote in den Aufsichtsräten großer Unternehmen beschlossen haben. Und es ist gut, dass die Bundesministerinnen Franziska Giffey und Christine Lambrecht planen, auch eine Quote für die Vorstände großer Unternehmen einzuführen. Außerdem werden wir uns als SPD weiterhin dafür einsetzen, Parität in den Parlamenten herzustellen und uns bei der anstehenden Reform des Wahlrechts für eine Parität in den Wahllisten einsetzen – so wie es bei uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten schon lange üblich ist.

Recht auf Ganztagsbetreuung

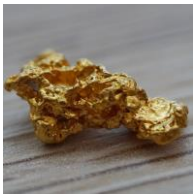
Finanzielle Voraussetzungen geschaffen



Für Kinder ab dem vollendeten 1. Lebensjahr bis zum Grundschulalter gibt es einen Rechtsanspruch auf Förderung in einer Tageseinrichtung oder in der Kindertagespflege – diesen gibt es für Grundschulalter allerdings nicht. Berufstätige Eltern mit Kindern im Grundschulalter stehen oft vor der Frage, wie ihre Kinder nach Schulschluss betreut werden. Das wollen wir als SPD ändern, deswegen stehen wir mit den Ländern und unserem Koalitionspartner in Verhandlungen, um ein Recht auf Betreuung im Grundschulalter ab 2025 einzuführen. Da wir dafür ein bedarfsgerechtes Angebot brauchen, unterstützen wir die Länder und Gemeinden schon heute bei den notwendigen Investitionen mit einem Sondervermögen von insgesamt 2 Milliarden Euro in den Jahren 2020 und 2021.

Nachhaltige Rohstoffpolitik

Keine Rohstoffe aus Konfliktregionen



Unser Konsum von Alltagsgütern trägt in einigen Ländern zur Finanzierung gewalttätiger Konflikte bei. Mit einem gestern beschlossenen Gesetz wollen wir die Finanzierung von Konflikten und Menschenrechtsverletzungen durch den Handel mit ‚Konfliktmineralien‘ verhindern. Konfliktmineralien wie Zinn, Wolfram, Tantal und Gold werden unter anderem in Mobiltelefonen und in industriellen Veredelungsprozessen eingesetzt. Unternehmen, die Konfliktmineralien importieren, müssen ab dem 1. Januar 2021 zahlreiche Sorgfaltspflichten einhalten. Sie sind etwa verpflichtet, ihre Lieferkettenpolitik festzulegen und Risikomanagementsysteme einzuführen. Mit der Überwachung der betroffenen Unternehmen ist die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe beauftragt. [...weiterlesen](#)

Aus dem Wahlkreis



Statt wie so oft in letzter Zeit zwei Wochen in Folge mit Sitzungswochen in Berlin zu verbringen, hatte ich in den vergangenen zwei Wochen Zeit für Termine und Veranstaltungen im Wahlkreis – zum Beispiel für eine ausgiebige Wahlkreissprechstunde im August-Bebel-Haus in Wetzlar und für die traditionellen Heringsessen zum politischen Aschermittwoch verschiedener SPD Ortsvereine. Aber auch Zeit für eine Ortsbegehung in Eschenburg-Eibelshausen. Gemeinsam mit Stephan Grüger und der SPD Eschenburg habe ich mir dort eine Kreuzung angesehen, an der in den letzten Jahren viele Menschen mit dem Auto verunglückt sind. Es ist gut, dass Hessen Mobil beim Termin anwesend war und sich nun um eine Lösung kümmern wird.

Es freut mich sehr, dass sich Bundesarbeitsminister Hubertus Heil die Zeit genommen hat, unseren Industriestandort zu besuchen. Gemeinsam haben wir das Werk von Buderus Edelstahl besichtigt und uns über die Zukunft der (Stahl)Industrie ausgetauscht. Beim anschließenden Gespräch mit den Betriebsräten der Region ging es unter anderem darum, wie wir mit dem geplanten Arbeit-von-morgen-Gesetz (mehr dazu hier) Beschäftigte und Unternehmen stark für die Zukunft machen wollen und ihnen Sicherheit und Zuversicht im Wandel bieten.



Um unseren Industriestandort ging es auch bei der W3+ Fair/Convention in Wetzlar. Zur Eröffnung der Messe habe ich mit Wetzlars Oberbürgermeister Manfred Wagner und Dr. Carsten Ott von Hessen Trade & Invest über die Chancen gesprochen, die in Innovation und Technik liegen.